

parteiinterne Diskussion zuläßt, jedoch nach einer Mehrheitsentscheidung jede Beanstandung der Parteilinie ausschließt. Eine revolutionäre Partei muß geschlossen sein. Ihr Ziel liegt ein für allemal fest.

Deswegen vermochten die zentrifugalen Kräfte nie ernstlich das Parteigefüge zu erschüttern. Diesmal kamen sie kaum über ein Strohfeuer hinaus, da sie von Anfang an den braven Willen bekundeten, sich auf jeden Fall der Parteidisziplin zu unterwerfen. In einer langfristigen Perspektive hat keine Krise die französischen Kommunisten ernsthaft geschwächt. Vor dem Zweiten Weltkrieg bekämpfte mit heute als reformistisch bezeichneten Ideen der anschließend zum Faschisten gewordene Marcel Déat den orthodoxen Kurs von Thorez. Die Billigung des Hitler-Stalin-Paktes 1939, die Fahnenflucht von Thorez nach Moskau zu Beginn des Krieges und eine keineswegs nationale Haltung bis zum Angriff Hitlers gegen die Sowjetunion 1941 verhinderten nicht den steilen Aufstieg der Partei in der ersten Nachkriegsperiode. Äußerst geschickt spielte sie zwischen 1941 und 1944 mit der nationalen Karte und der Widerstandsbewegung, übrigens sehr eindeutig gegen de Gaulle. Es folgten einige innere Krisen, ausgelöst durch Rivalitäten, Entstalinisierung und ideologische Meinungsverschiedenheiten. Der Parteiapparat reagierte hierauf stets mit der eigenen Straffung und der Verschärfung der Disziplin.

Die Bedeutung der jüngsten Meinungsverschiedenheiten im kommunistischen Lager wurde von den Medien aufgebauscht. Aus unverständlichen Gründen übersah man, daß die Opposition gegen die Führung aus verschiedenen Gruppen bestand. Schon lange wird Marchais von einer orthodoxen Minderheit, die total moskauhörig das Bündnis mit den Sozialisten stets abgelehnt hatte, bekämpft. Eine zweite Gruppe war der nicht unverständlichen Meinung, daß der Generalsekretär nach schweren Wahlniederlagen abgelöst werden mußte. Allein die dritte Gruppe

forderte eine Auflockerung des demokratischen Zentralismus und die Fortsetzung der Politik der Öffnung im Geiste der Linksunion, ohne deswegen das geringste Wohlwollen für die Sozialisten zu bezeugen oder gar die Außen- und Verteidigungspolitik Mitterrands zu billigen.

Liberalisierung wäre Identitätsverlust

Der von Marchais verteidigte Kurs entspricht der Logik. Die ständig mit viel Illusion von den Kommunisten erwartete Liberalisierung käme dem Verlust ihrer Identität gleich. Wie sollten sie sich von den Sozialisten unterscheiden, wenn sie von ihrer revolutionären Ideologie abweichen und in der Sowjetunion kein wegweisendes Symbol mehr sähen? Es entgeht ihnen sicherlich nicht, daß sie mit ihrer doktrinären Hartnäckigkeit zahlreiche Wähler abschrecken und möglicherweise hoffnungslos gegen den Strom schwimmen. Sie haben aber keine andere Wahl, denn als Zwillingbrüder der Sozialisten büßten sie ihre Anziehungskraft noch stärker ein. Parteien sind sterblich. Es liegt im Bereich des Möglichen, um nicht zu sagen des Wahrscheinlichen, daß die kommunistische Bewegung Frankreichs ebenso belanglos wird wie in Großbritannien oder in der Bundesrepublik Deutschland. Man sollte aber nicht ihre Widerstandskraft in einem traditionsverwurzelten Lande mit einer konservativen Grundhaltung fast der gesamten Bevölkerung unterschätzen.

Und: das Schicksal der Kommunisten hängt nicht nur von der innenpolitischen, sondern auch von der weltpolitischen Entwicklung ab. Eine neutralistische Welle im westlichen Europa könnte ihnen einen neuen Frühling bescheren. Weshalb sollten sie auch nicht vorübergehend zur Zuflucht der Enttäuschten des Sozialismus à la française werden? In der französischen Geschichte mangelt es nicht an irrationalen Reaktionen. Die Logik hat in der Politik nicht immer das letzte Wort.

Alfred Frisch

„Wir sind weitergekommen auf einem holprigen Weg“

Ein Gespräch mit Staatssekretär Imre Miklós, dem Leiter des ungarischen Amtes für Kirchenfragen

Gespräche zwischen Christen und Kommunisten gar über kirchliche Fragen bzw. über das Verhältnis Kirche-Staat sind selten und nicht ganz leicht, auch nicht auf der politisch-journalistischen Ebene. Wir haben, nicht zuletzt angeregt durch vielfältige Reaktionen auf unsere Ungarnberichterstattung (vgl. HK, Februar 1985, 88) einen Versuch gemacht, indem wir Imre Miklós, den Leiter des staatlichen Kirchensekretariates in Budapest, um ein Gespräch baten. Gesprächspartner war David Seeber.

HK: Herr Staatssekretär, eine ganz einfache Frage, die Ihnen vielleicht überflüssig vorkommt, aber für einen

Journalisten aus einem westlichen Land eine gewisse Bedeutung hat. Sie bekleiden ein Amt, das es in den Volkdemokratien überall gibt, in westlichen Ländern kaum oder gar nicht. Woher ergibt sich die Notwendigkeit dieses Amtes?

Miklós: Bevor ich auf Ihre eigentliche Frage eingehe, möchte ich auf Ihre Vorfrage antworten. Sie haben zwar recht, wenn Sie sagen, staatliche Institutionen, wie die meine, gebe es in dieser Form nur in volksdemokratischen Ländern. Aber in den sozialistischen Staaten ist kein Staatsoberhaupt zugleich Kirchenoberhaupt wie zum Bei-

spiel die englische Königin Oberhaupt der Church of England ist ...

HK: Es gibt aber in Westeuropa – vielleicht von Liechtenstein oder Monaco abgesehen – kein Land mehr mit überwiegend katholischer Bevölkerung, wo der Katholizismus noch Staatsreligion ist. Selbst im Land des Papstes – in Italien – gibt es seit dem neuen Konkordat – gerade jetzt in Kraft getreten – die klare Trennung von Kirche und Staat. Und in den nichtkatholischen oder mehrheitlich nichtkatholischen Ländern wie England oder Schweden ist die Bindung der dortigen anglikanischen bzw. lutherischen Kirche an das Staatsoberhaupt fast nur noch eine Formsache ...

Miklós: Richtig; in Italien seit dem letzten Konkordat, früher war das dort nicht so. Aber um von Ungarn zu reden. Ich lebe zwar in einem Lande, wo die Mehrheit der religiös gesinnten Menschen ebenfalls katholisch ist. Aber als Vertreter des ungarischen Staates müssen wir alle Glaubensgemeinschaften als berechtigt betrachten und wir betrachten sie auch so. Die Kirche ihrerseits ist in einer anderen Lage. Sie muß nur ihre eigenen Interessen vertreten. Aber wir müssen alle Staatsbürger vertreten, unabhängig davon, welcher Religion sie angehören und auch unabhängig davon, ob sie religiös gesinnt sind oder nicht. Wenn wir also über unser Amt sprechen und über seine Aufgaben, spreche ich nicht nur über die katholische Kirche, sondern über die Kirchen insgesamt.

HK: Es gehört zum säkularen Staat, daß er die Bürger unabhängig von ihrem religiösen Bekenntnis gleich behandelt. Angenommen, dies sei Ihr Ziel, warum brauchen Sie dann noch eigene Aufsichtsorgane für die Kirchen?

Miklós: Sie wissen gewiß, daß vor dem Zweiten Weltkrieg in Ungarn der Staat und die Kirche voneinander nicht getrennt waren. Und Sie dürften auch wissen, daß das, was jetzt ist, auch mit dem Vorangegangenen zusammenhängt. Wir führen den Prozeß der Trennung in einer längeren Periode durch. Es ging ja auch in den bürgerlichen Staaten nicht von einem Tag auf den anderen. Ich erwarte nichts anderes, als daß diese historische Sicht auch in unserem Falle angewandt wird.

„Die Trennung ist auch bei Ihnen nicht perfekt“

HK: Gewiß ging auch in bürgerlichen Staaten nicht alles an einem Tag, aber (bald) 40 Jahre sind keine sehr kurze Zeit. Auf jeden Fall ist in allen bürgerlichen Staaten das Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften sehr viel unkomplizierter geworden, während in Volksdemokratien allein schon die Existenz eines staatlichen Amtes für kirchliche Angelegenheiten auf besondere Probleme hinweist ...

Miklós: Ich sagte schon, daß in früheren Zeiten der Staat und die Kirchen eng miteinander verflochten waren, und zwar in jeder Beziehung: wirtschaftlich, politisch etc. Hinzu kam, daß die Kirchen nicht gleichberechtigt wa-

ren. Das war eine rückständige Sache – eine unter vielen anderen. Uns stellten sich deshalb manche Aufgaben, die anderswo bereits durch die bürgerlichen Revolutionen gelöst worden waren, aber wie ich schon sagte, auch nicht von einem Tag auf den anderen. Inzwischen sind die Probleme auch bei uns schon sehr viel kleiner geworden. Es ist wie mit einem Bahnwärterhäuschen, das man vom Zug aus sieht: Je weiter sich der Zug entfernt, um so kleiner wirkt es.

HK: Sie sehen aber sehr genau auf alles, was die Kirche tut oder in der Kirche geschieht. Man hat nicht den Eindruck, daß die Wächterhäuschen kleiner werden ...

Miklós: Sehen Sie. Noch sind die Dinge dadurch kompliziert, daß nach dem Sieg der sozialistischen Revolutionen Marxismus und Christentum praktisch zum erstenmal auf dieser Welt aufeinander getroffen sind. Bis dahin gab es auf beiden Seiten nur Theorien voneinander. Sobald der Marxismus in die Praxis umgesetzt wurde, konnte das gegenseitige Verhältnis aber kein bloß theoretisches mehr sein, man bekam es praktisch miteinander zu tun. Die Verfassung von 1949 hat bei uns die Trennung von Staat und Kirche erklärt. Bis dahin gab es ein gemeinsames Ministerium für Religion (Kultus) und Unterricht, das auch für Kirchenfragen zuständig war. Unter den neuen Bedingungen der Trennung von Kirche und Staat konnte das nicht mehr fortgesetzt werden. Deshalb wurde 1951 dieses Amt geschaffen, um unter neuen Voraussetzungen die früheren und neuen Aufgaben durchzuführen. Es ist ein Amt des Ministerrats. Es hat die Aufgabe, den Staat gegenüber den Kirchen und die Kirchen gegenüber dem Staat zu vertreten und die Trennung von Kirche und Staat zu gestalten und weiterzuentwickeln.

HK: Wie kann der Funktionär eines kommunistisch geführten Staates die Kirchen gegenüber dem Staat vertreten, er hat doch ausschließlich durchzusetzen, was vom Staat den Kirchen vorgeschrieben wird? Im übrigen kann jede Kirche sich doch auch gut selbst vertreten.

Miklós: Natürlich vertreten die Kirchen ihre eigenen Interessen auch in unserem Lande selbst. Die Verfassung und die Gesetze sind für die staatlichen und kirchlichen, aber auch anderen Institutionen in gleicher Weise gültig. Als einer Hauptbehörde der Regierung ist es eine wichtige Aufgabe des Staatsamtes für Kirchenfragen, darüber zu wachen, daß die Gesetze, die zwischen dem Staat und den Kirchen entstandenen Abkommen, gegenseitig eingehalten werden. In diesem Sinne ist es die Pflicht unseres Amtes – und wir sind bestrebt dem zu entsprechen –, in jedem Falle aufzutreten, wo – seitens der Kirchen oder des Staates – die Normen verletzt werden.

HK: Von außen besehen ist Ihr Amt ein institutionalisierter Widerspruch. Sie verpflichten sich verfassungsmäßig auf die Trennung von Kirche und Staat und auf die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften, aber da Sie die Kirche kontrollieren und ihre Handlungsspielräume eingrenzen wollen, geht es nicht anders, als sie durch Ämter, wie das Ihre, eng an den Staat zu binden ...

Miklós: Das ist eine Frage der Auffassung. Dieses Amt hat nicht diese Funktion. Es erleichtert vielmehr die Lage der Kirchen, damit dieser lange Prozeß ungestörter vor sich gehen kann. Daß es einen Widerspruch gibt, will ich gar nicht leugnen. Aber seinem Wesen nach ist dieser Widerspruch nicht größer als zum Beispiel in der BRD, auch wenn er in der Form verschieden ist. Bei Ihnen zum Beispiel wird die Eintreibung der Kirchensteuer auf demselben Wege vorgenommen wie die der staatlichen Steuer. Es wäre das eine Aufgabe der Kirchen und doch wird sie vom Staate wahrgenommen. In politischen Funktionen sind auch solche Menschen tätig, die eine leitende Stellung in den verschiedenen Kirchen haben. Die Trennung ist ganz offensichtlich auch bei Ihnen nicht perfekt. Wer kirchlicher Funktionär ist auf einer höheren oder niedrigeren Ebene und gleichzeitig politische Funktionen in einer Partei hat, ist auch kein Beweis der reinen Trennung von Kirche und Staat. Widersprüche gibt es also auch da; nur die Praxis ist verschieden.

„Die Staat-Kirche-Beziehungen sind nichts Statisches“

HK: Die „kirchlichen Funktionäre“ sind bei uns Laien, die im Einzelfall zugleich Parteipolitiker sein können; es gibt aber bei uns keine Geistlichen in Parlamenten. Im kommunistischen Ungarn scheint man aber großen Wert darauf zu legen, einige Geistliche – Friedenspriester – im Parlament zu haben. Warum eigentlich?

Miklós: In der Ungarischen Volksrepublik erreichten wir die während des Aufbaus des Sozialismus erzielten Erfolge durch die kreative nationale Einheit. Was die politischen und gesellschaftlichen Ziele anbelangt, stimmt die überwiegende Mehrheit der Staatsbürger überein. Gleichzeitig besteht auch unsere Gesellschaft aus Staatsbürgern mit verschiedenen Weltanschauungen. Die Abgeordneten des Parlaments und die Mitglieder der Räte – die unlängst neu gewählt wurden – sind dementsprechend Staatsbürger, die sich das gemeinsame Programm der Vaterländischen Volksfront zu eigen machen, ohne eine gemeinsame Weltanschauung zu vertreten. Es ist also selbstverständlich, daß ins Parlament und in die Räte auch kirchliche Persönlichkeiten gewählt werden. Die gewählten Abgeordneten sind verpflichtet, neben Aufrechterhaltung ihrer eigenen Weltanschauung, auf Grund des Vertrauens der Wähler, die Interessen der Staatsbürger zu vertreten. Das heißt: Die kommunistischen Abgeordneten vertreten die Interessen der religiös gesinnten Staatsbürger ebenso, wie die religiös gesinnten Abgeordneten die Interessen der Kommunisten oder jener Staatsbürger, die eine andere Weltanschauung haben.

HK: Sie sagten, es gebe Widersprüche in allen Staaten, wie man sieht auch in östlichen ...

Miklós: ... Wir verneinen das nicht ...

HK: Das System der Bundesrepublik ist auch keines der strikten Trennung, sondern Trennung bei positiver Ko-

operation, so wird das bei uns verfassungsrechtlich formuliert ...

Miklós: Die Trennung bedeutet bei Ihnen nicht und auch bei uns nicht, daß in einem gegebenen Lande die beiden Bereiche mit *einer* Maßnahme durchgehend und strikt durch eine Linie getrennt sind.

HK: Aber wenn ich als ein Beispiel die Bundesrepublik nehme, dann gibt es dort verschiedene Formen der Kooperation zwischen Staat und Kirche. Über deren Sinn läßt sich im einzelnen sicher diskutieren. Aber das System sichert den Kirchen die volle Gleichberechtigung *und* die volle Freiheit, und es fußt jedenfalls in dem Sinne auf strikter Trennung, daß die Kirche die kirchlichen Ämter so besetzen, die Ernennung der Bischöfe so vornehmen kann, wie sie es wünscht, ohne daß der Staat darauf Einfluß nimmt. Wenn das in den sozialistischen Staaten überall verankerte Prinzip der Trennung von Staat und Religion, Staat und Kirche strikter durchgeführt würde, dann wäre jede Mitwirkung aktiver Art des Staates bei der Ernennung von Bischöfen eigentlich ausgeschlossen. Warum aber ist es nicht so?

Miklós: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß die Staat-Kirche-Beziehungen nichts Statisches sind, sondern einem Prozeß unterliegen. Unser Staat verlangt gegenüber den Kirchen weitgehend nicht mehr solche Rechte, wie sie früher in unserem Lande der Staat verlangt hatte. Wir sind dauernd in einem Entwicklungsprozeß und wenn in den Anfangsjahren nicht gegenseitig ziemlich schwere Fehler geschehen wären, so wären wir wahrscheinlich schon weiter.

„Wir gehen von den heutigen Verhältnissen aus, auch in der Kirchenpolitik“

HK: Sie denken an den Fall Mindszenty oder an die Abschaffung der Orden durch den Staat ...

Miklós: Nicht bloß daran, die Analyse der Epoche ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Es lohnt sich eher die Tendenz zu beobachten, bzw. was im Laufe der vergangenen 40 Jahre vor sich gegangen ist. Wer sich die Mühe gibt, diese Entwicklung gründlich zu untersuchen, und wer gewillt ist, die Gegenwart auf dem Hintergrund ihrer Vorgeschichte zu untersuchen, wird feststellen können, wie sehr die Entwicklung vorangeschritten ist, und er wird zu einer positiven Meinung, auch bezüglich der Zukunft, kommen. Wir betrachten die gegenwärtige Lage nicht als vollkommen, aber weisen jene Halbwahrheiten zurück, welche unter dem Vorwand der Kritik die Wirklichkeit verzerren.

HK: Die Entwicklung ließe sich leicht beschleunigen ...

Miklós: In welchem Tempo und in welcher Richtung sich die Dinge entwickeln, hängt von vielen Faktoren ab. Nach der Entstehung des Kapitalismus haben sich die Beziehungen zwischen den Staaten und den Kirchen in den ver-

schiedenen Teilen der Welt auch ganz unterschiedlich entwickelt. Zum Beispiel hat sich die Lage dort, wo die katholische Kirche Mehrheitskirche ist, sich ganz anders entwickelt als in jenen Ländern, wo sie eine Minderheitskirche ist.

HK: Zwischen kommunistischen Ländern gibt es aber ebenfalls ziemliche Unterschiede, die nur zum Teil mit der Frage Mehrheit-Minderheit zu tun haben. In der DDR ist der Aktionsradius der Kirchen zum Beispiel auch sehr eingegrenzt, aber innerhalb dieser Grenzen sind sowohl die evangelische Mehrheits- wie die katholische Minderheitskirche ziemlich frei, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln. Ich bin kein Ungarnexperte, aber es besteht der Eindruck, daß gerade in Ungarn von den Bischofsernennungen bis zum Religionsunterricht alles sehr genau unter staatlicher Kontrolle gehalten wird.

Miklós: Es gibt im Staat-Kirche-Verhältnis so viele Varianten wie es sozialistische Länder gibt. Die Vorgeschichte ist jeweils ganz anders, die Umstände sind meist anders, obwohl das gesellschaftliche System das gleiche ist. Vorgeschichte und Traditionen bedingen Verschiedenheiten, die der Heilige Stuhl auch jeweils anerkennt. Wir vergleichen uns überhaupt nicht mit anderen sozialistischen Ländern, sondern beschäftigen uns lieber mit unseren eigenen Angelegenheiten und versuchen zu vervollkommen, wo etwas zu vervollkommen ist. Wir können nachweisen, daß die Entwicklung insgesamt eine günstige Richtung nimmt. Auch das, glaube ich, anerkennt der Heilige Stuhl, und auch zentrale Organe anderer Kirchen tun dies, obwohl ich weiß, daß es auch solche gibt, die das nicht anerkennen. Den einen geht die Änderung zu rasch, den anderen ist die Entwicklung zu langsam. Man kann nicht allen Bedürfnissen auf einmal und in gleicher Weise entsprechen. Wir meinen, daß die sog. Politik der kleinen Schritte die richtige ist und daß wir damit auch schon ein gutes Stück vorangekommen sind.

HK: Fortschritte sind in Ungarn insofern zu verzeichnen, als alle Diözesen seit längerer Zeit wieder mit Bischöfen besetzt sind und es keinen Numerus clausus beim Priester- (wohl aber beim Ordens-)nachwuchs gibt. Aber an der scharfen Kontrolle des kirchlichen Lebens durch den Staat scheint sich wenig geändert zu haben. Als Angehöriger eines Volkes, das einmal zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte, weiß ich, was Josephinismus ist. Häufig ist zu hören, Sie haben jetzt selbst wiederholt auf die früheren Verhältnisse hingewiesen, die Kontrolle der Kirche werde jetzt im alten josephinistischen Sinne fortgesetzt, allerdings mit dem bedeutenden Unterschied, daß diese nicht mehr von der Apostolischen Majestät, sondern von der sich atheistisch verstehenden kommunistischen Staatsautorität ausgeübt wird. Wie sehen Sie das?

Miklós: Sie werden nicht böse sein, wenn ich sage, daß das, was Sie formuliert haben, historisch gesehen eine Absurdität ist. Apostolische Majestät und atheistischer Staat – ganz abgesehen davon, daß es letzteren gar nicht gibt –

haben nichts miteinander zu tun. Die Bedingungen des politischen Lebens unterscheiden sich grundlegend von denen von damals. Die Geschichte wiederholt sich im allgemeinen nicht und auch nicht in diesem konkreten Falle. Wir verneinen die monarchistische Staatsform und sind somit nicht in der Lage, deren Elemente weiterzutragen. Wir achten auf die Geschichte, wir untersuchen die vergangenen Ereignisse und lernen aus ihnen. Aber wir gehen von den heutigen Verhältnissen aus, auch in der Kirchenpolitik. Wir sind weit weg von der Zeit, in der die Monarchen die ungarischen Bischöfe ernannten oder die einzelnen Gutsherren die Pfarrer ihres jeweiligen Gebiets bestimmten ...

HK: Das wollte ich auch nicht bestreiten und ist mir auch völlig klar. Es können sich aber Traditionen über einen Systemwechsel hinweg erhalten, wenn diese Traditionen der jeweiligen Interessenlage entsprechen.

Miklós: Aber das ist nicht notwendig ...

„In jedem Staat gibt es eine leitende Kraft“

HK: Notwendig nicht, aber plausibel und de facto spricht der Staat bei der Besetzung kirchlicher Stellen doch überall mit.

Miklós: Wozu sollten wir ein solches System reproduzieren? Übrigens ist bei der Mehrheit der kirchlichen Stellen die staatliche Zustimmung nicht notwendig ...

HK: Sie haben gesagt, es gebe keinen atheistischen Staat, auch keine kommunistische Regierung. Das finde ich interessant ...

Miklós: Es gibt einen atheistischen Staat ebensowenig wie es einen christlichen Staat gibt ...

HK: Insofern dürfte es keine Meinungsverschiedenheiten geben. Auch für mich gibt es keinen christlichen Staat, und sicher läßt sich ein Staat auch nicht als atheistischer definieren. Aber in den sozialistischen Ländern fußt die offizielle Politik auf atheistischen Voraussetzungen. Und aufgrund dieser Voraussetzungen haben sozialistische Regierungen ein natürliches Interesse, die Kirchen in ihren Aktivitäten klein zu halten. Das geht am besten durch eine möglichst lückenlose Kontrolle. Das meinte ich mit meinem Vergleich der früheren Tradition mit den jetzigen Verhältnissen.

Miklós: Ich denke, es ist nicht so mit dem „atheistischen“ oder nichtatheistischen Staat, wie Sie es sagen. Man pflegt Sozialismus und Atheismus zu identifizieren. Es gibt welche, die das aus Irrtum tun und welche, die es bewußt tun. Wenn wir schon bei Beispielen sind, nehmen wir ein gegenwärtiges Beispiel. In Ungarn können – ausgenommen die Parteifunktionen – parteilose, darunter religiös gesinnte Menschen alle Funktionen im wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben wahrnehmen.

HK: Nicht in der Partei, aber diese führt den Staat ...

Miklós: Parteifunktionen nicht, aber alle anderen Funktionen können sie ausüben: politische, kulturelle, wissenschaftliche usw., in gleicher Weise.

HK: Aber die Partei bestimmt die Richtlinien der Politik und dadurch werden Katholiken zu Bürgern zweiter Klasse.

Miklós: Das ist ein Vorwurf, aber das ist nicht so. Die Partei hat eine leitende Rolle, aber sie benützt diese Rolle nicht zum Herrschen, sondern bezieht die weitesten Schichten der Bevölkerung, darunter auch die religiös Gesinnten, mit ein. Im übrigen gibt es in jedem Staat eine leitende Kraft. Bei ihnen ist dies gegenwärtig die christlich-demokratische Partei. Sie ist offensichtlich bestimmend für die Politik und bei uns ist es umgekehrt auch so.

„Ich kann abschätzen, was gegenüber früher besser geworden ist“

HK: Die christlichen Demokraten können in der Regierung abgelöst werden, zum sozialistischen System gehört es, daß die kommunistische Partei als Führungs- und Regierungskraft nicht abgelöst werden kann.

Miklós: Warum sollen wir uns unbedingt anpassen, wir würden auch wünschen, daß Sie uns gleicher sind. Ich unterstelle Ihnen keine üble Absicht. Ich verstehe, daß bei Ihnen Ihr System als richtig betrachtet wird. Das überrascht mich nicht. Aber überraschend ist für mich, daß Ihnen alles, was davon abweicht, suspekt ist. Ich denke nicht, daß Sie damit das eine schlechthin für gut und das andere einfach für schlecht halten. Umgekehrt haben auch wir kein Recht, es so zu sehen. Dennoch möchte auch ich auf die Unterschiede hinweisen. Bei uns – wie ich es bereits erwähnt hatte – kann jede Funktion außerhalb der Partei auch von religiösen Menschen bekleidet werden. Wenn ich richtig informiert bin, können in der Bundesrepublik Mitglieder der kommunistischen Partei nicht Angestellte im öffentlichen Dienst sein. Ich bin nicht sicher, ob eine Änderung erfolgt ist, ich frage bloß darum. Oder wenn jemand in die Vereinigten Staaten reisen will, dann muß er auf dem Antragsformular für das Visum schreiben, ob er Parteimitglied ist usw.

HK: Im Falle der DKP-Mitgliedschaft kommt es auf die besonderen Umstände an, die von Gerichten überprüft werden können. Im anderen Fall ...

Miklós: Auf unseren Formularen gibt es jedenfalls solche Fragen nicht, welcher Religion jemand angehört oder welcher Partei, denn das kann weder einen Vorteil noch Nachteil bedeuten. Sie wissen, daß die Wohnungsfrage bei uns ein schweres Problem ist. Aber die Wohnungen werden nicht danach verteilt, ob jemand Kommunist ist oder Katholik, sondern es wird danach entschieden, wieviele Kinder jemand hat. Wenn einer drei Kinder hat, dann hat er bessere Aussichten als wenn jemand nur ein Kind hat. Und wenn ein Atheist ein Kind hat und ein reli-

giös Gesinnter drei Kinder, dann ist der letztere bevorzugt usw. Damit will ich sagen: ich bin nicht zufrieden mit unseren Verhältnissen und ich bin bestrebt, sie in allen Richtungen, auch in Richtung Kirche auf ein höheres Niveau zu heben. Aber gleichzeitig bin ich auch nicht unzufrieden. Denn ich habe die letzten 40 Jahre intensiv miterlebt und kann abschätzen, was heute gegenüber früher besser geworden ist.

HK: Aber wie für den Beobachter von außen ein Widerspruch bleibt zwischen dem Bekenntnis zum Prinzip der Trennung von Kirche und Staat und der faktischen Kirchenpolitik sozialistischer Länder, so bleibt ein Widerspruch zwischen Zwecken, die man mit einer bestimmten Politik verfolgt, und dieser selbst ...

Miklós: Widerspruch inwiefern?

HK: Ich will es gleich verdeutlichen. Es ist marxistisch-leninistischer Grundsatz, daß die Religion mit fortschreitender Aufhebung der gesellschaftlichen Entfremdung des Menschen an Bedeutung verliert bzw. verschwindet. Nun spricht manches dafür, daß die christlichen Kirchen, wo sie wie in westlichen Ländern den säkularen Lebensverhältnissen ausgesetzt sind, im Grunde stärker bedroht sind, als durch die zum inneren Widerstand reizende Staatskontrolle in den sozialistischen Ländern. Wenn regierende Marxisten konsequent wären, läge es eigentlich im Sinne des zitierten – marxistisch-leninistischen – Grundsatzes nahe, die Kirche einfach sich selbst zu überlassen. Warum meint man dennoch, alles durch Kontrolle regeln zu müssen?

Miklós: Ich glaube, Ihre Frage ist an mehreren Stellen ungenau. Es trifft einfach nicht zu, daß in der westlichen Welt die Kirchen völlig unabhängig sind von der staatlichen Politik ...

„Wir haben Fehler begangen, aber wir sind darüber hinaus“

HK: Im gesellschaftlichen Bereich gibt es Vermischungen und Überschneidungen, aber Staat und Kirche sind voneinander unabhängig. Die kirchlichen Führungen sind in der Lage, ihre Belange nach ihren eigenen Vorstellungen zu regeln.

Miklós: Das sehe ich nicht so, es gibt Abhängigkeiten, auch wenn die Instrumentarien verschieden sind. Sie werden zum Beispiel kaum bestreiten können, daß zwischen der Politik der Vereinigten Staaten und dem Dokument von Kardinal Ratzinger über die Befreiungstheologie bzw. gewissen Passagen dieses Dokuments, die von sozialistischen Ländern handeln, ein Zusammenhang besteht. Es kann auch kein Zufall sein, daß dieses Dokument gerade zu einem Zeitpunkt erschienen ist, wo Präsident Reagan seine Politik gegenüber Mittelamerika verschärft.

HK: Es kann Übereinstimmungen in gewissen Grundsätzen geben und es gibt atmosphärische Situationen, in denen diese Übereinstimmung deutlicher zum Ausdruck

kommt als in anderen, aber es gibt sicher keine direkte Beeinflussung bzw. keinen Zwang oder Druck, weder moralischen noch politischen, von der einen auf die andere Seite.

Miklós: Bei uns gibt es das auch nicht, aber worauf begründen Sie Ihre Feststellung? Wir sollen die Tatsachen untersuchen und nicht die Wirklichkeit von früheren Zeiten umsetzen in die heutige Lage. Auf einem holprigen Weg sind wir ein Stück weitergekommen, wir haben darüber ganz offen gesprochen und haben eingesehen, welche Fehler wir begangen haben, aber wir sind darüber hinaus. Und doch will man uns zurückdrängen in eine frühere Zeit. Wir erwarten nicht, daß Sie begeistert sind. Wer aber die wirklichen Interessen der Kirche und der Religion beachtet, könnte darüber erfreut sein, daß eine solche Entwicklung möglich geworden ist. Das tun Sie nicht, das ist Ihre Sache. Aber ich wünsche mir, daß Sie Tatsachen zur Kenntnis nehmen und nicht Vorurteile weitertragen.

HK: Sie räumen Fehler ein, aber welche? War zum Beispiel das Verbot der Orden, bis auf vier Schulorden mit einer begrenzten Zahl an Ordensleuten, ein solcher Fehler?

Miklós: Ich bin gerne bereit, Ihnen Informationen über Details zur Verfügung zu stellen, obwohl ich nicht glaube, daß der Rahmen eines Interviews das ermöglicht. Ich kann Ihnen sagen, daß wir ganz offen eine Selbstkritik geübt haben. Auch ich habe oft darüber geschrieben, gesprochen, auch in einer öffentlichen Sendung des ungarischen Fernsehens im vorigen Jahr. Wir haben uns den begangenen Fehlern gestellt, deren Ursachen analysiert und auch in unserer Praxis nachweisbar Veränderungen vorgenommen.

HK: Man hat nicht den Eindruck, daß Fehler der Vergangenheit, gerade in bezug auf die Kirchen, von der Distanzierung vom Personenkult von vor 1956 abgesehen, wirklich offen diskutiert werden bzw. diskutiert werden können. Dies müßte aber gegenwärtig um so leichter sein, als das sozialistische System im Lande von niemandem mehr in Frage gestellt wird und ein gewisser Pluralismus in der Gesellschaft ja im Zunehmen ist.

Miklós: Seien Sie mir nicht böse, wenn ich Ihnen sagen muß, daß Sie über unsere Verhältnisse nicht genügend informiert sind. Denn was Sie fordern, ist bei uns schon längst realisiert. Wir führen fort, was wir seit längerem begonnen haben. Wir betrachten nichts als vollendet, aber wir sind auf dem richtigen Weg. Zum Beispiel ist mir nicht bekannt, ob es einen ähnlichen Dialog auf der ganzen Welt gibt zwischen Marxisten und Christen wie in Ungarn. Wir müssen das in Ungarn selbst im Umgang mit unseren Theologen zum Beispiel weiter vertiefen und auch in den Außenbeziehungen. Aber Sie sehen doch, daß sich bei uns die Kirchen frei bewegen können: die VII. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes war hier, vor einigen Wochen tagten in Budapest die Sekretäre der katholischen Bischofskonferenzen Europas. Im

Herbst wird Billy Graham nach Ungarn kommen. Wir sind eine offene Gesellschaft. Was Sie sagen, ist realitätsfern.

HK: Was könnten die nächsten kleinen Schritte, von denen Sie häufig sprechen, sein? Ich zum Beispiel würde die Bibel gerne in ganz Ungarn zu kaufen bekommen und nicht nur in zwei Buchhandlungen hier in Budapest. Oder warum sollte es nicht möglich sein, daß man bei der Besetzung von kirchlichen Ämtern der Kirche wirklich völlig freie Hand läßt?

Miklós: Sie werden vielleicht überrascht sein, aber in Ungarn kann sich jeder die Bibel anschaffen. Ich habe den Eindruck, daß es mehr Bibeln gibt als gelesen werden. Die Kirchen haben ihre Buchhandlungen, an den jährlich veranstalteten Büchertagen werden die religiösen – Gebetbücher, Theologie, Literatur – Bücher in besonderen Bücherzelten, unter ähnlichen Bedingungen wie andere, angeboten. Und zu Ihrer zweiten Frage: Die kirchlichen Ämter werden vom Heiligen Stuhl, von den zuständigen Ordinarien, bei anderen Kirchen den kirchlichen Gesetzen gemäß, durch die zuständigen Körperschaften besetzt. Die Rechte des Staates – welche im Vergleich zu allen früheren Epochen geringer sind – regeln Gesetze und Abkommen, z. B. das im Jahre 1964 zwischen dem Heiligen Stuhl und der ungarischen Regierung abgeschlossene Teilabkommen.

„Ein Mosaikbild gibt nur ein ganzes, wenn alle Teilchen dabei sind“

HK: Sie haben die Entwicklung einer offenen Gesellschaft in Ihrem sozialistisch regierten Lande in Aussicht gestellt. Aber für mich persönlich gehört zu einer offenen Gesellschaft auch, daß niemand aus religiösen oder anderen Gründen nicht in der Theorie und natürlich noch weniger in der Praxis in seinen bürgerlichen Rechten benachteiligt wird.

Miklós: Sie werden vielleicht staunen, ich wage aber zu sagen, daß sich daran unsererseits ein größeres Interesse knüpft als sogar seitens der Kirche selbst ...

HK: Das wäre ein guter Ausgangspunkt, aber ...

Miklós: Das ist unsere Überzeugung. Das ist keine Propaganda, es ist wirklich so. Wir wollen eine offene Gesellschaft entwickeln und in diese wollen wir auch die Kirchen einbeziehen. Dazu aber brauchen wir Partner. Aber ein Teil der westlichen Meinung greift den ungarischen Episkopat an, und so auch Sie, wenn die Bischöfe mit uns zusammenarbeiten, obwohl Sie uns gegenüber anerkennend sein sollten. Man kann sich die Hand immer nur zu zweit reichen.

HK: An Partnern, denke ich, würde es nicht fehlen weder in Ungarn noch in Rom ...

Miklós: Aber die ungarischen Bischöfe werden sehr ungerne beurteilt, wenn sie mit uns zusammenarbeiten.

HK: Wirkliche Partnerschaft ist an sehr präzise, einzeln benennbare Voraussetzungen gebunden, zum Beispiel daran, daß die Bischöfe wirklich unabhängig sind in ihren Entscheidungen ...

Miklós: Das müßte genauer untersucht werden, man kann nicht einzelne Elemente herausgreifen. Ein Mosaikbild gibt nur ein ganzes, wenn alle Teilchen dabei sind. Wenn ich nur ein Stück heraushebe und das untersuche, dann ist es verzerrt. Man kann es herausheben, man kann auch für eine wissenschaftliche Untersuchung einen Teil herausnehmen, aber man muß es dann schnell wieder zurücklegen. Ein Bild läßt sich nur als ganzes genießen. An einer bestimmten Stelle kann eine düstere Stimmung herrschen, an anderer Stelle wirkt es heiter. Erst alles zusammen ergibt die Realität. Was ich damit sagen wollte: Sie müssen die Entwicklung hier perspektivisch sehen. Gäbe es noch die von Ihnen genannten „monarchistischen“ Verhältnisse, dann hätten wir keine Hoffnung und es gäbe keine weitere Entwicklung. Auch wir müssen uns ändern, wir wollen auf die Kirche zugehen, einander beobachten,

aber auf der Grundlage der Realitäten verbleiben. Wenn Sie in einem Jahr wiederkommen, werden Sie feststellen, daß sich wieder manches geändert hat, wenn wir auf dem Weg des Friedens vorwärtskommen.

HK: Das würde ich gerne tun, aber dann müßten wir vermutlich so manchen Mosaikstein herausnehmen.

Miklós: Wir haben keinerlei Geheimnisse. Man soll kommen und soll uns kennenlernen, man soll uns kennenlernen wollen und sich mit uns auseinandersetzen und diskutieren. Wir sind dazu bereit, wir haben überhaupt keine Gründe, das nicht zu tun. Und wenn Sie den Eindruck haben, einmal nicht die Wahrheit erfahren zu haben, dann sagen Sie es bitte. Sie haben das Recht dazu, aber auch ich habe das Recht dazu, wie ich es bezüglich Ihrer Zeitschrift auch getan habe. Dies ist umgekehrt auch für mich verpflichtend. Ich bin gerne bereit, auch über weitere Details mit Ihnen zu sprechen.

HK: Ich danke für das Angebot. Wir werden gerne bei Gelegenheit davon Gebrauch machen.

„Slavorum Apostoli“

Die Enzyklika Johannes Pauls II. zum Cyrill- und Methodius-Jubiläum

Am 2. Juli wurde im Vatikan die vierte Enzyklika Johannes Pauls II. veröffentlicht. Aus Anlaß des Jubiläumsjahrs der Slawenapostel Cyrill und Methodius (vgl. ds. Heft, S. 348) beschäftigt sich der Papst darin mit Leben und Werk der beiden Heiligen. Das lateinische Original der Enzyklika erschien im „Osservatore Romano“ vom 3. Juli 1985. Wir dokumentieren den Wortlaut in der vom Vatikan und der Deutschen Bischofskonferenz verbreiteten Übersetzung.

I. Einleitung

1. Die Apostel der Slawen, die heiligen *Cyrrill und Methodius*, bleiben im Gedächtnis der Kirche zusammen mit dem großen Werk der Glaubensverkündigung, das sie vollbracht haben. Man kann sogar sagen, daß ihr Andenken in unseren Tagen besonders lebendig und aktuell geworden ist.

In Anbetracht der Verehrung und Dankbarkeit, welche die heiligen Brüder von Saloniki (dem alten Thessalonike) seit Jahrhunderten vor allem bei den *slawischen Völkern* erfahren, und in Erinnerung an den unschätzbaren Beitrag, den sie für das Werk der Glaubensverkündigung unter jenen Völkern und zugleich für die Sache der Versöhnung, des freundschaftlichen Zusammenlebens, der menschlichen Entwicklung und der Achtung vor der inneren Würde jeder Nation erbracht haben, habe ich durch das Apostolische Schreiben *Egregiae virtutis*¹ vom 31. Dezember 1980 die heiligen *Cyrrill und Methodius* zu Mitpatronen Europas erklärt. Damit führte ich die Linie fort, die meine Vorgänger bereits gezogen hatten, vornehmlich *Leo XIII.*, der vor mehr als hundert Jahren, am 30. September 1880, mit dem Rundschreiben *Grande munus*² den Kult der beiden Heiligen auf die gesamte Kirche ausgedehnt hat, und *Paul VI.*, der mit dem Apostolischen Schreiben *Pacis nuntius*³ vom 24. Oktober 1964 den heiligen *Benedikt* zum Patron Europas erklärt hat.

2. Das Dokument vor fünf Jahren zielte darauf hin, das Bewußtsein von diesen feierlichen Akten der Kirche neu zu beleben, und wollte die Aufmerksamkeit der Christen und aller Menschen guten Willens, denen das Wohl, die Eintracht und die Einheit Europas am Herzen liegen, darauf lenken, wie lebendig und aktuell jene hervorragenden Gestalten *Benedikt, Cyrrill und Methodius* als konkrete Modelle und geistige Stützen für die Christen unserer Zeit und insbesondere für die Völker des europäischen Kontinents sind, die schon seit langem, vor allem dank des Gebetes und des Wirkens dieser Heiligen, bewußt und eigenständig in der Kirche und in der christlichen Überlieferung Wurzel gefaßt haben.

Die Veröffentlichung meines schon genannten Apostolischen Schreibens vom Jahre 1980, die bestimmt war von der festen Hoffnung auf eine stufenweise Überwindung all dessen, was in Europa und in der Welt die Kirchen, die Nationen und Völker trennt, stand im Zusammenhang mit drei Anlässen, auf die sich mein Gebet und Denken richteten. Der erste Anlaß war der 1100. Jahrestag des päpstlichen Schreibens *Industriae tuae*⁴, durch das Papst *Johannes VIII.* im Jahre 880 den Gebrauch der slawischen Sprache in der von den heiligen Brüdern übersetzten Liturgie billigte. Der zweite Anlaß war der 100. Jahrestag des erwähnten Rundschreibens *Grande munus*; und der dritte war der gerade in jenem Jahr 1980 glücklich beginnende erfolversprechende theologische Dialog zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche auf *Patmos*.

3. Im vorliegenden Dokument möchte ich mich im besonderen auf das genannte Rundschreiben beziehen, mit dem Papst *Leo XIII.* der Kirche und der Welt die apostolischen Verdienste beider Brüder in Erinnerung rufen wollte: nicht nur des *Methodius*, der nach der Überlieferung im Jahre 885 sein Leben in *Velehrad* in *Großmähren* beschloß, sondern auch des *Cyrrill*, den der Tod bereits im Jahre 869 in Rom von seinem Bruder trennte, in jener